

Herfried Münkler
Imperien
Die Logik der Welt Herrschaft – vom Alten Rom
bis zu den Vereinigten Staaten
Rowohlt Verlag
Berlin 2005
ISBN 3-87134-509-1

Textauszug
S. 5-16

INHALT

1. Was ist ein Imperium?	11
Eine knappe Merkmalsbeschreibung der Imperien 16 - Weltreiche und Großreiche 22 - Imperialer Interventionszwang, Neutralitätsoptionen und der Melier-Dialog bei Thukydides 30	
2. Imperium, Imperialismus und Hegemonie: eine notwendige Differenzierung	35
Die selbstzerstörerische Dynamik des Kapitalismus: die ökonomischen Imperialismustheorien 36 - Das Zentrum-Peripherie-Problem 41 - Prestigestreben und Mächtekonkurrenz: die politischen Imperialismustheorien 50 - Expansionszwänge, Randlagenvorteile und Zeitsouveränität 59 - Die heikle Unterscheidung zwischen Hegemonie und Imperium 67	
3. Steppenimperien, Seereiche und globale Ökonomien: eine kleine Typologie imperialer Herrschaft	79
Imperienbildung durch militärische und kommerzielle Mehrproduktabschöpfung 82 - Die (mindestens) zwei Seiten von Imperien 96 - Imperiale Zyklen und augusteische Schwellen 105	
4. Zivilisierung und Barbarengrenze: Merkmale und Aufgaben imperialer Ordnung	127
Der Frieden als Rechtfertigung imperialer Herrschaft 128 - Imperiale Mission und Sakralität des Reiches 132 - Der Barbarendiskurs und die Konstruktion des imperialen Raumes 150 - Prosperität als Rechtfertigung und Programm imperialer Herrschaft 157	
5. Das Scheitern der Imperien an der Macht der Schwachen	167
Formen imperialer Überdehnung 172 - Politische Mobilisierung und militärische Asymmetrierung: die Strategien antiimperialer Akteure 184 - Kulturelle Identitätskämpfe und Terrorismus als Strategie des Verwüstungskrieges 200	
6. Die überraschende Wiederkehr des Imperiums im postimperialen Zeitalter	213
Die Diagnose vom Ende des imperialen Zeitalters und das Problem postimperialer Räume 217 - Die USA: das neue Imperium 224 - Ein demokratisches Imperium? 235 - Die imperiale Herausforderung Europas 245	
Karten 255 Anmerkungen 279 Literaturverzeichnis 313 Danksagung 331	

VORWORT

Seit Mitte des 20. Jahrhunderts hat sich in der deutschen Wissenschaft für Theorie und Geschichte der Imperien niemand mehr besonders interessiert. Erst der Zusammenbruch der Sowjetunion hat ein kurzzeitiges Interesse daran aufleben lassen, getragen freilich von der erleichterten Feststellung, dass die Geschichte der Imperien, die bis in die Zeit der frühen Hochkulturen zurückreicht, nunmehr definitiv zu Ende sei. Das hat sich in den letzten Jahren, als die neue weltpolitische Rolle der USA sichtbar wurde, schlagartig geändert. Mit einem Mal war vom amerikanischen Imperium die Rede, und seitdem weist die Kritik am weltpolitischen Agieren der USA starke antiimperiale Züge auf. Zwar ist den USA schon häufig Imperialismus vorgeworfen worden - während des Vietnamkriegs etwa, anlässlich von Militärinterventionen in Lateinamerika oder am Persischen Golf. Doch solche Vorwürfe richteten sich gegen bestimmte Entscheidungen und Handlungen der amerikanischen Regierung; die antiimperiale Grunddisposition richtet sich gegen das Übergewicht und die Dominanzansprüche der USA als solche. Das ist entschieden mehr.

Ist die Weltgemeinschaft zu ihrer eigenen Sicherheit auf eine imperiale Vormacht angewiesen? Oder stellt diese imperiale Vormacht eine gravierende Störung der Weltordnung dar, und es wäre besser, wenn es sie nicht gäbe? Um diese Frage kreist im Prinzip die Debatte, wie sie im Vorfeld des jüngsten Golfkrieges geführt worden ist. Tatsächlich hat die in der UNO versammelte Weltgemeinschaft in den vergangenen Jahren immer wieder auf die Fähigkeiten der imperialen Vormacht zurückgegriffen. Dass diese Inanspruchnahme nicht selbstlos war und die USA dafür Sonderrechte forderten, hat man nicht wahrhaben wollen. Die daraus erwachsenen Irritationen waren auch eine Folge davon, dass man Funktionen und Ansprüche eines Imperiums schon lange nicht mehr durchdacht hatte.

Imperien sind mehr als große Staaten; sie bewegen sich in einer ihnen eigenen Welt. Staaten sind in eine Ordnung eingebunden, die sie gemeinsam mit anderen Staaten geschaffen haben und über die sie daher nicht allein verfügen. Imperien dagegen verstehen sich als Schöpfer und Garanten einer Ordnung, die letztlich von ihnen abhängt und die sie gegen den Einbruch des Chaos, der für sie eine stete Bedrohung darstellt, verteidigen müssen. Der Blick in die Geschichte nicht nur der USA, sondern auch anderer Imperien zeigt, dass sprachliche Wendungen wie die von der «Achse des Bösen» oder den «Vorposten der Tyrannei» nichts Neues und Besonderes sind. Vielmehr durchziehen sie die Geschichte der Imperien wie ein roter Faden.

Das Pendant der Furcht vor dem Einbruch des Chaos und der selbst gewählten Rolle eines Verteidigers der Ordnung gegen die Unordnung, des Guten gegen das Böse, in der sich das Imperium sieht und durch die es sich legitimiert, ist die imperiale Mission, die ebenfalls eine grundlegende Rechtfertigung der Weltreichsbildung darstellt: Entweder soll die Zivilisation verbreitet

werden, oder es geht um die weltweite Durchsetzung der sozialistischen Gesellschaftsordnung, den Schutz der Menschenrechte oder die Förderung der Demokratie. Während Staaten an den Grenzen anderer Staaten Halt machen und es ihnen selbst überlassen, ihre inneren Angelegenheiten zu regeln, mischen sich Imperien in die Verhältnisse anderer ein, um ihrer Mission gerecht zu werden. Deshalb können Imperien auch sehr viel stärkere Veränderungsprozesse in Gang setzen, während die Ordnung der Staaten durch einen strukturellen Konservatismus geprägt ist.

Betrachtet man die Dinge unter dieser Perspektive, so steht keineswegs fest, was unter dem Einfluss der Imperialismustheorien zu einer Selbstverständlichkeit geworden ist: dass eine globale Ordnung gleichberechtigter Staaten ohne imperialen Akteur das Wünschens- und Erstrebenswerte ist. Die politische Ordnung des europäischen Raumes hat sich nach dem Untergang des Römischen Reiches so entwickelt, dass es keine dauerhafte und handlungsmächtige imperiale Macht mehr gegeben hat, wohl aber eine Fülle von Prätendenten auf diese Rolle, die jedoch alle frühzeitig gescheitert sind. Das ist - abgesehen davon, dass die Europäer in anderen Kontinenten sehr wohl Großreiche gebildet haben - andernorts nicht so gewesen. Vor allem in Asien setzte sich eine politische Ordnung durch, in der Imperien sich mit einem Kranz von Klientelstaaten umgeben haben. Infolgedessen ist die Ordnung dieser Räume stark zentriert worden, während in Europa ein vielfältiger Polyzentrismus entstand.

Unser Bild von Imperien ist durch die Vorstellung geprägt, dass die Peripherie von ihnen ausgesaugt und ausgebeutet werde: Sie verarme, und das Zentrum werde immer reicher. Tatsächlich hat es solche Imperien stets gegeben, aber sie waren nur von kurzer Dauer. Nach einiger Zeit nahm der Widerstand gegen das Zentrum überhand, und die Beherrschungskosten überstiegen die aus der Peripherie gezogenen Gewinne. Dagegen hatten diejenigen Imperien eine längere Dauer, die in ihre Randbereiche investierten und so dafür sorgten, dass die Peripherie schließlich am Fortbestand des Imperiums ebenso interessiert war wie das Zentrum.

Darum also geht es in diesem Buch: um die Typen imperialer Herrschaft, die Formen von Expansion und Konsolidierung und um die Medien, in denen sich die Imperiumsbildung vollzogen hat. Aber das Erkenntnisinteresse beschränkt sich nicht auf die Unterscheidung von See- und Landimperien, Handels- und Militärimperien, imperialen Ordnungen, die sich über die Kontrolle von Räumen entwickeln, und solchen, die im Wesentlichen in der Kontrolle von Strömen (Menschen, Waren, Kapital) bestehen, sondern zielt darüber hinaus auf die Rationalität der Akteure, eben auf die Logik der Weltherrschaft. Es geht auch darum, Prognosen über die Dauer und Stabilität des amerikanischen Imperiums zu machen und Überlegungen zu der Frage anzustellen, wie ein Europa beschaffen sein muss, das sich einerseits als selbständige politische Kraft neben den USA zu behaupten vermag und andererseits in der Lage ist, seine instabilen und hereinstürzenden Ränder zu befestigen und positiv auf seine Nachbarn einzuwirken. Ein solches Europa wird nicht umhin kommen, selbst imperiale Merkmale zu übernehmen und imperiale Fähigkeiten zu entwickeln - und wenn man genau hinsieht, hat es damit bereits begonnen. Die Voraussetzung dafür ist freilich, dass

imperiales Agieren nicht von vornherein als schlecht und verwerflich wahrgenommen, sondern als eine Form von Problembearbeitung neben der des Staates und anderer Organisationsformen des Politischen angesehen wird.

Das ist nicht zu verwechseln mit einer Rehabilitierung der alten Kolonialimperien. Sich aus einem solchen Kolonialimperium in einem Unabhängigkeitskrieg hinausgekämpft zu haben ist der Gründungsmythos der USA; eine solche Form der Beherrschung außereuropäischer Räume einmal ausgeübt und dann hinter sich gelassen zu haben ist das Selbstverständnis der Europäer. Aber dass das auf Gleichheit und Reziprozität angelegte Staatenmodell in den nächsten Jahrzehnten in der Lage sein wird, die erkennbaren Herausforderungen zu bestehen, wird man eher bezweifeln dürfen. Staatsversagen, insbesondere Staatenzerfall, provoziert das Eingreifen oder die Entstehung von Imperien.

Dagegen werden viele einwenden, dass die Gegenüberstellung von Staat und Imperium keine erschöpfende Alternative sei - und ihre Wunschvorstellungen von guter politischer Ordnung aufzählen. Dabei werden sie sich immer weiter von dem entfernen, was der Fall ist. Der Blick auf die Geschichte zeigt, dass sich die Modelle politischer Ordnung letzten Endes doch zwischen Staat und Imperium erschöpft haben - wenn man denn beide Begriffe weit und großzügig versteht und nicht für jeden Spezialfall von Staatlichkeit und Imperialität einen eigenen Oberbegriff erfindet. Was der Imperiums-begriff leistet, soll hier ausgelotet werden. Auf welchen Bahnen Imperien entstanden und wie sie zerfallen sind, soll dargestellt werden. Wissenschaftlich wird dabei ein Feld betreten, das lange brachgelegen hat.

Berlin, Februar 2005

1. WAS IST EIN IMPERIUM?

Die Debatten über den letzten Irakkrieg, die möglichen Hintergründe und verborgenen Ziele des erneuten militärischen Eingreifens der USA in der ölreichen Golfregion, überhaupt die Rolle der USA am Golf und in Zentralasien, dazu die tiefen Zerwürfnisse in den transatlantischen Beziehungen haben in Europa den Blick für die Entstehung einer neuen Weltordnung nach dem Ende des Ost-West-Konflikts geschärft. Mit der notorischen Weigerung der USA, internationalen Vereinbarungen beizutreten, vom Kyoto-Protokoll bis zum Internationalen Strafgerichtshof in Den Haag, zeichnete sich eine Neudefinition der amerikanischen Position in der politischen Ordnung der Welt ab. Es kommt hinzu, dass die Beziehungen zwischen den USA und der UNO, die in den letzten Jahrzehnten nie ohne Probleme gewesen sind, grundsätzlich zur Disposition stehen, nachdem US-Präsident George W. Bush in einem denkwürdigen Auftritt vor der Generalversammlung der Vereinten Nationen am 12. September 2002 damit gedroht hat, die USA würden einige der drängenden sicherheitspolitischen Probleme im Alleingang lösen, wenn die Weltorganisation sich dazu als unfähig erweise.

Dass dies keine leere Drohung war, hat sich im Frühjahr 2003 mit dem Dritten Golfkrieg gezeigt. Zwei Interpretationen des neuen Verhältnisses der USA zum UN-Sicherheitsrat waren möglich: Entweder die USA suchten ihn als amerikahörigen Legitimationsspender zu instrumentalisieren oder sie begannen damit, sich aus der notorischen Inanspruchnahme als militärischer Arm der Weltorganisation zu emanzipieren: Sie stellten ihren ebenso hoch entwickelten wie teuren Militärapparat nicht länger in den Dienst der Weltgemeinschaft, sondern setzten ihn gemäß eigener Interessen und Ziele ein. Die Konflikte im Vorfeld des Irakkriegs waren - auch - eine Kontroverse über die Frage, wer wen als Instrument benutzen konnte: die Vereinigten Staaten die Vereinten Nationen oder die Vereinten Nationen die Vereinigten Staaten.¹

Die europäische Sicherheitsarchitektur, auf die man sich in Deutschland bis dahin verlassen hatte, schien ebenfalls brüchig geworden. Weitgehend unbemerkt hatte sich die Nato in den 1990er Jahren aus einem Bündnis auf konsultativer Grundlage in ein Instrument der USA zur Kontrolle Europas verwandelt. Und wo es sich für die amerikanische Politik als zu sperrig erwies, wurde es kurzerhand durch eine *coalition of the willing* ersetzt. Im Vergleich zu den Zeiten des Kalten Krieges ist die faktische Abhängigkeit der Europäer von den USA eher gewachsen als gesunken: Wer bei der Erfüllung der amerikanischen Vorgaben nicht mitmacht, muss mit politischem und wirtschaftlichem Druck rechnen oder wird mit höhnischen Bemerkungen überschüttet. Wer sich hingegen auf Seiten der Amerikaner engagieren will, kann das jederzeit tun - freilich zu amerikanischen Bedingungen und ohne Einfluss auf die politischen Grundentscheidungen, wie selbst Großbritannien, der Hauptverbündete der USA, ein ums andere Mal feststellen musste. Daran haben die Probleme, in die sich die USA im Irak verstrickt haben, im Prinzip nichts geändert. Die Ära wechselseitiger Konsultativverpflichtungen im Nordatlantischen Bündnis ist vorbei, und die Nato-Osterweiterung erweist sich im Nachhinein als ein Schritt, der den Einfluss der Verbündeten aus den Zeiten der Ost-West-Konfrontation deutlich gemindert hat.²

In dieser Situation mehrten sich die Appelle an die USA, sie sollten sich mit der Rolle eines wohlwollenden Hegemon begnügen, die sie bislang innegehabt hätten, und nicht die einer imperialen Macht anstreben. Um solchen Warnungen Nachdruck zu verleihen, wurde auf die unkontrollierbaren Risiken von Imperien, auf die Gefahr ihrer Überdehnung und schließlich auf den unvermeidlichen Zusammenbruch aller bisherigen Imperien hingewiesen. «Während in der Vergangenheit», so Michael Mann, ein in den USA lehrender Brite, «die Macht Amerikas hegemonial war, also in der Regel vom Ausland akzeptiert und häufig als legitim betrachtet wurde, kommt sie jetzt aus den Gewehrläufen. Das untergräbt die Hegemonie und den Anspruch, ein <wohlwollendes Empire> zu sein.»³ Wer versuche, die hegemoniale gegen eine imperiale Position auszutauschen, riskiere nicht bloß, mit diesem Projekt zu scheitern, sondern laufe Gefahr, auch die Hegemonie zu verlieren. Hegemonie und Imperium wurden in zahllosen Varianten gegeneinander ausgespielt, fast immer verbunden mit dem Hinweis, es sei besser, Hegemon zu bleiben als die imperiale Herrschaft anzustreben.

Mit einem Mal wurde die Debatte, die als eine über die Interessen und Absichten der USA in der Golfregion begonnen hatte, mit einer Fülle von historischen Argumenten und Vergleichen geführt, die allesamt dazu dienten, das irritierend Neue an der Politik der USA sowie den weltpolitischen Konstellationen durch Analogien mit früheren Entwicklungen ins Vertraute und Überschaubare zurückzuholen. Die Geschichte des *Imperium Romanum* wurde zur Folie, vor der die Chancen und Risiken der amerikanischen Politik beurteilt wurden; die Struktur des *British Empire* diente als Modell, an dem die imperialen Herausforderungen und die zu ihrer Bewältigung erforderlichen Fähigkeiten der USA gemessen wurden; und schließlich wurde der ein gutes Jahrzehnt zurückliegende Zusammenbruch der Sowjetunion als Beispiel für die Folgen imperialer Überdehnung bemüht, wie sie auch den USA drohe, wenn sie den eingeschlagenen Weg fortsetzten.¹ Aber die historischen Verweise und Beispiele wurden eher assoziativ als systematisch bemüht, und fast durchweg sollten sie längst zuvor bezogene Positionen stützen. Sie dienten eher der historischen Illustration von Argumentationen als der empirisch gehaltvollen Vergewisserung dessen, was wir aus der Geschichte früherer Weltreichsbildungen lernen können. Nun ist die Parallelisierung zwischen der amerikanischen und der römischen Geschichte schon darum nahe liegend, weil sich die USA von ihrer Gründung an auf die römische Republik berufen und sich selbst in deren Tradition gestellt haben.⁵ Es handelt sich hierbei also um die kritische Überprüfung einer Parallele, die im Selbstbewusstsein und Selbstverständnis der amerikanischen politischen Elite von jeher einen zentralen Platz eingenommen hat. Der Vergleich mit dem Britischen Weltreich wiederum liegt nahe, weil die USA überall dort, wo sich die Briten nach dem Zweiten Weltkrieg zurückzogen, deren Nachfolge angetreten und die vormals britischen Positionen übernommen haben - dazu gehört nicht zuletzt der Mittlere Osten, der in jüngster Zeit einen Großteil der politischen Aufmerksamkeit und des militärischen Potenzials der USA gebunden hat. Der Vergleich mit der Sowjetunion schließlich ist schon deshalb unvermeidlich, weil die USA und die Sowjetunion über gut vier Jahrzehnte Konkurrenten um die weltpolitische Vorherrschaft gewesen sind, bis die Russen unter Gorbatschow - erschöpft von den Rüstungswettläufen und entkräftet durch die Kosten, die für die Aufrechterhaltung des Imperiums angefallen waren - aus dem Wettstreit ausgeschieden sind.⁶

Für eine fundierte Analyse der Chancen und Risiken des amerikanischen Empire ist die Vergleichsbasis dieser drei Weltreichsbildungen jedoch zu schmal. Das Reich der russischen Zaren, das Osmanische und das Chinesische Reich - die imperiale Macht mit der bei weitem längsten Dauer - sind auf jeden Fall in eine vergleichende Betrachtung mit einzubeziehen. Die mongolische Reichsbildung des 13. Jahrhunderts sollte in einer Untersuchung über imperiale Handlungslogiken und -imperative ebenfalls nicht übersehen werden. Sie zerfiel zwar rasch wieder, aber ihre territoriale Ausdehnung machte sie zu einer der größten der Geschichte: Mit einer Fläche von 25 Millionen Quadratkilometern wurde das Mongolische Weltreich nur von dem der Briten übertroffen, das auf seinem Höhepunkt 38 Millionen Quadratkilometer umfasste, allerdings auf

fünf Kontinente verteilt, während sich das Mongolenreich als territorial geschlossene Einheit über fast ganz Eurasien erstreckte. Auf dem Höhepunkt seiner Machtentfaltung reichte es vom Gelben Meer im Osten bis an die Ränder der Ostsee im Westen; lediglich Vorder- und Hinterindien sowie West-, Mittel- und Südeuropa blieben von der mongolischen Besetzung frei.' Was die Antike anbetrifft, so sollten neben dem Römischen Reich auch die hellenistischen Großreiche im Osten ins Auge gefasst werden, und unter den *seaborn empires* ist außer dem britischen und dem spanischen Weltreich auch das portugiesische zu berücksichtigen, zumal es von den europäischen Kolonialreichen das erste war und als letztes von der politischen Landkarte verschwunden ist - seit dem 18. Jahrhundert freilich eher ein Protege des Britischen Empire als eine eigenständige politische Macht.⁸

Diese Zusammenstellung zeigt ein grundsätzliches Problem vergleichender Untersuchungen zur Handlungslogik von Imperien: Zu-nächst muss die Frage beantwortet werden, was unter einem Imperium zu verstehen ist. Man könnte sie auch dahingehend zuspitzen, dass es um die Differenz zwischen *Großreichen* und *Weltreichen* geht. Womöglich ließe sich leichter eine Antwort darauf finden, wenn es in den vergangenen Jahrzehnten eine sozialwissenschaftlich ausgerichtete Imperiumsforschung gegeben hätte, die verlässliche Kriterien für Imperialität entwickelt hätte. Das ist jedoch nicht der Fall. Zwar sind eine unüberschaubare Fülle historiographischer Darstellungen zu einzelnen Imperien sowie bemerkenswerte komparative Arbeiten zum Imperialismus entstanden⁹, aber die Frage, was ein Imperium ist und worin es sich von der in Europa ausgebildeten politischen Ordnung des Territorialstaates unterscheidet, ist so gut wie unbearbeitet geblieben. Das erklärt auch, warum der Imperiumsbegriff in der jüngsten Debatte über die US-amerikanische Politik eine eher beliebige, häufig bloß denunziatorische Bedeutung angenommen hat. Die Politikwissenschaft hat ihn nicht definitorisch umrissen und exemplarisch ausgefüllt, sondern der Beliebigkeit des publizistischen Alltagsbetriebs überlassen.

Was in langfristig angelegter wissenschaftlicher Arbeit nicht geleistet wurde, kann nicht auf einmal nachgeholt werden. Solange allerdings nicht klar ist, was Imperien sind und was sie nicht sind, was sie leisten müssen und worin sie sich von anderen Ordnungsstrukturen des Politischen unterscheiden, ist es nicht möglich, aus der vergleichenden Betrachtung von Weltreichsbildungen einen nennenswerten Gewinn für die Analyse der neuen Weltordnung und die Rolle der USA in ihr zu ziehen. Die Handlungslogik von Imperien ist nur zu verstehen, wenn annähernd klar ist, wodurch sich ein Imperium auszeichnet.

Anmerkungen

1 Zur Vorgeschichte des 3. Golfkrieges vgl. Aust (Hg.), *Irak*, insbes. S. 39ff.; Tilgner, *Der inszenierte Krieg*, S. 17ff.; Kubbig, *Brandherd Irak*, insbes. S. 9-20; Wolfgang Sofsky, *Operation Freiheit*, S. 66-74, sowie Münkler, *Der Neue Golfkrieg*, S. 19-28.

2 Zur Geschichte der Nato-Osterweiterung und den Absichten der darin involvierten Seiten vgl. Asmus, *Opening NATO's Door*.

- 3 Mann, *Die ohnmächtige Supermacht*, S. 314; ähnlich auch Czempiel, «Pax Americana oder Imperium Americanum?». Der Begriff geht offenbar zurück auf einen Artikel von Kagan, «The Benevolent Empire».
- 4 Eine konsequent durchgehaltene Parallelisierung der USA mit dem Römischen Reich findet sich bei Bender, *Weltmacht Amerika*; die weltpolitische Apostrophierung der USA als *New Rome* wird seit Mitte des 19. Jahrhunderts vorgenommen, vgl. Gollwitzer, *Geschichte des weltpolitischen Denkens*, Bd. 1, S. 489ff.; ein untergründiger Vergleich mit der Effektivität britischer Formen imperialer Herrschaft durchzieht die Argumentation von Mann, *Die ohnmächtige Supermacht*; der Untergang der Sowjetunion wird als prospektives Schicksal der USA bei Todd, *Weltmacht USA*, vorgestellt; eine Reihe abwägender Überlegungen zum Vergleich der USA mit dem Römischen und dem Britischen Reich finden sich auch bei Ferguson, *Das verleugnete Imperium*, S. 24ff., S. 36ff.
- 5 Vgl. Wood, *The Creation*, insbes. S. 48ff.; Richard, *The Founders and the Classics*. - Zu dem stolzen Anspruch, die republikanische Tradition Roms wieder aufgenommen und weitergeführt zu haben, gehörte von Anfang an der kritische Blick auf den Übergang Roms von der Republik zum Imperium, wobei die aus der römischen Historiographie bezogene Annahme eines damit verbundenen Sittenverfalls ins zeitgenössische Britische Empire hineingespiegelt wurde. Die hart erkämpfte Unabhängigkeit der USA von Großbritannien war insofern immer auch die Rettung der Republik vor der Imperialität; vgl. Bailyn, *The Ideological Origins*, S. 131 ff., sowie Wood, *The Creation*, S. 35f.
- 6 Dazu detailliert Daschtschew, *Moskaus Griff nach der Weltmacht.*, S. 41 ff. und S. 511 ff.
- 7 Zum Vergleich des Britischen und des Mongolischen Weltreichs vgl. Göckenjan, «Weltherrschaft oder Desintegration»; zur Ausdehnung des Mongolenreichs vgl. Weiers, «Geschichte der Mongolen», S. 45 f.
- 8 Die Bedeutung des Achämenidenreichs und seiner hellenistischen Nachfolger als ein den Mittelmeerraum mit Asien verbindendes Zwischenreich wird anschaulich bei Breuer, *Imperien*, S. 122-158; zur Initialrolle Portugals bei der europäischen Kolonialreichsbildung eingehend Abernethy, *Dynamics of Global Dominance*, S. 45 ff., sowie Reinhard, *Kleine Geschichte des Kolonialismus*, S. 25ff.